

Hausarrest für Aung San Suu Kyi

Am 18. August 2009 wurden Aung San Suu Kyi und ihre beiden Vertrauten Win Ma Ma und Khin Khin Win zu weiteren 18 Monaten Hausarrest verurteilt. Der Prozess wurde laut *Irrawaddy* wegen angeblichen internen Streitigkeiten innerhalb der Militärführung über die Härte des Strafmaßes mehrfach verschoben. Überraschend wurden auch Journalisten bei der Urteilsverkündung zugelassen. Innenminister Maung Oo soll im Namen der Militärjunta im Gerichtssaal die Reduzierung der zuvor verkündeten Strafe von drei Jahren gefordert haben. Vor allem im westlichen Ausland wurde das Strafverfahren als Farce wahrgenommen, um die Oppositionsführerin von der aktiven Teilnahme an den für 2010 angekündigten Wahlen abzuhalten. China forderte die internationale Gemeinschaft jedoch auf, die rechtliche Souveränität Burmas zu achten. Die Anwälte aller Angeklagten kündigten an, Einspruch gegen die Urteile einzureichen. In einem gleichzeitig stattfindenden Verfahren wurde der Amerikaner John W. Yettaw, der durch seinen uneingeladenen Besuch bei Aung San Suu Kyi Anfang Mai 2009 das Verfahren ausgelöst hatte, zunächst zu sieben Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt. Durch einen Besuch des US-Senators Jim Webb, der sich für einen Dialog mit der Militärjunta einsetzt, wurde er jedoch am 15. August in die USA abgeschoben. Dem US-Senator wurde nach dem Treffen mit General Than Shwe zudem ein Gespräch mit Aung San Suu Kyi ermöglicht. Diese Möglichkeit war UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon im Juli verwehrt worden. Kritiker warfen dem Senator vor, das Regime durch seinen Besuch zu legitimieren.

vgl.: Irrawaddy, 11.8., 16.8.; Associated Press 7.8., 12.8.2009

Sicherheitsmaßnahmen verschärft

Im Vorfeld des Jahrestages der »8888«-Demonstrationen und der Urteilsverkündung im Prozess um Aung San Suu Kyi wurden in Rangun die Sicherheitsmaßnahmen drastisch erhöht. An zentralen Verkehrspunkten und Plätzen wurden am 5. August 2009 Barrikaden aus Holz und Stacheldrahtzaun errichtet. Am 11. August wurden nach der Urteilsverkündung mindestens 50 Personen vor dem *Insein*-Gefängnis festgenommen. Sie wurden

kurz darauf mit der Warnung, nicht wieder auf die Straße zu gehen, vor dem Hauptsitz der *National League for Democracy* (NLD) freigelassen. Die Sicherheitskräfte seien besorgt gewesen, dass die Menge noch anwachsen und einen Aufstand verursachen würde. Auch weitere NLD-Mitglieder in anderen Teilen des Landes wurden festgenommen.

vgl.: Independent Mon News Agency, 7.8.; Irrawaddy, 11.8.2009

Ban Ki-Moon zu Gast

Am 3. Juli 2009 startete UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon seinen zweitägigen Besuch in Burma. Der Generalsekretär traf sich mit General Than Shwe, unter anderem um zur Freilassung aller politischen Gefangenen insbesondere von Aung San Suu Kyi aufzufordern. Sein Anliegen wurde ebenso wie die Bitte, die Oppositionsführerin selbst besuchen zu können, von der Militärjunta abgelehnt. Ban Ki-Moon zeigte sich enttäuscht und Beobachter deuteten seinen Besuch auf Grund der Verweigerung der Junta als Fehlschlag trotz

ehrerlicher Bemühungen des Generalsekretärs. Des Weiteren wurde ein kurzes Treffen mit der Oppositionspartei *National League for Democracy* (NLD) organisiert, bei welchem die Freilassung der Gefangenen, Dialogangebote und die aktuelle Lage besprochen wurden. 15 Verdächtige, die beschuldigt werden, einen Bombenanschlag auf Ban Ki-Moon während seiner Burmareise geplant zu haben, wurden am 7. August festgenommen.

vgl.: Irrawaddy, 8.7.; Reuters, 7.8.2009

Mehr Flüchtlinge wegen Kämpfe um Karen-Staat

Im Juni 2009 verstärkte die burmesische Armee zusammen mit der *Democratic Karen Buddhist Army* (DKBA) ihre Angriffe im östlichen Karen Staat und nahm bei dieser Operation die bedeutsame Basis »Brigade 7« der *Karen National Liberation Army* (KNLA) ein. Durch die Intensivierung der Kämpfe gegen die KNLA, dem bewaffneten Arm der Karen National Union (KNU), flohen daraufhin ungefähr 5.000 Menschen in Richtung der burmesisch-thailändischen Grenze. Besonders aus dem Flüchtlingslager *Ler Per Harim* östlichen Karen Staat flohen viele bereits zuvor vertriebene Karen weiter nach Thailand. An der Grenze wurden jedoch viele Flüchtlinge durch thailändische

Beamte wieder zurück geschickt. Die Bedingungen für die Menschen wurden von der *Karen Women's Organisation* (KWO) als besonders hart eingestuft. Bürger werden als Minensucher für die Armee missbraucht, Frauen und Mädchen wiederholt von Soldaten vergewaltigt. Außerdem stellt die DKBA die Menschen in vielen Gebieten vor die Wahl, entweder 150.000 Kyat (150 US-Dollar) zu zahlen oder der DKBA beizutreten. Die *Shan Herald Agency for News* berichtet zudem von einem Anstieg der Menschenrechtsverletzungen im Shan-Staat durch eine ausgeweitete Militärintiative.

vgl.: Democratic Voice of Burma, 22.6., 10.7., 6.8.; Shan Herald Agency for News, 6.8., 10.8.2009

Nicht-recyclbare Plastiktüten verboten

Ein Programm der Regierung, demzufolge in Mandalay jahrelang nicht-recyclbare Plastiktüten umsonst verteilt wurden, ist am 21. Juni 2009 eingestellt worden. Darüber hinaus sollen diese Plastiktüten sogar verboten und ihre Benutzung unter Strafe gestellt werden. Die genaue Durchführung und das Strafmaß sind jedoch noch nicht bekannt. »Es wird sehr schwierig umzusetzen sein, wenn die Behörden keinen kostenlosen Ersatz bereitstellen«, sagte der

Cartoonist und Umweltaktivist Aw Pi Kye. Im Dezember 1994 beschloss die Militärregierung die Einführung einer Umweltpolitik, um die natürlichen Ressourcen zu schützen. Jedoch wurde Burma von dem *Asia Development Bank's Environmental Operations Center* in Bangkok 2008 als Land beschrieben, »in dem ein genereller Mangel an Bewusstsein und Verständnis« für Umweltthemen bestehe.

vgl.: Irrawaddy, 10.6.2009

Spekulationen über Atomprogramm

Das Auftauchen des nordkoreanischen Schiffes *Kang Nam I* mit unbekannter Ladung im Juni 2009 vor der chinesischen Küste hat den Spekulationen über ein Atomprogramm Burmas neue Nahrung gegeben. Die US-Navy hatte am 19. Juni 2009 begonnen das Schiff zu verfolgen, da ein Transport von Waffen nach Burma vermutet wurde. Zehn Tage später verließ die *Kang Nam I* jedoch ihren Kurs und soll auf Druck der Nachbarstaaten nach Nordkorea zurückgekehrt sein. *Democratic Voice of Burma* veröffentlichte im Juni einen Bericht über ein geheimes Tunnelnetzwerk, das mit Hilfe Nordkoreas errichtet worden sei und für die Lagerung von schweren Waffen verwendet werden

könnte. Am 1. August wurden Aussagen von zwei burmesischen Überläufern veröffentlicht, die darlegten, dass Burma Ambitionen verfolge, zusammen mit Nordkorea ein Atomprogramm aufzubauen. Die Militärjunta plane die Errichtung eines Nuklearreaktors und Anlagen zur Plutoniumgewinnung in unterirdischen Tunneln im Berg Nuang Laing. »Wenn die Junta Nuklearwaffen bekommt, wird das ein Problem für alle werden, auch für Länder wie China und Indien, die immer wieder betonten, Burma sei keine regionale Gefahr,«, sagte Htay Aung, ein burmesischer Militäranalytiker vom *Network for Democracy and Development*.

vgl.: Irrawaddy, 9.7.; Democratic Voice of Burma, 3.8.2009

Drei neue Radiostationen erlaubt

Drei neue Radiostationen werden am 15. August 2009 in zehn Regionen Burmas ihren Betrieb aufnehmen. Die Sender *Shwe*, *Cherry* und *Padamya* entstanden aus einer gemeinsamen Initiative von privaten Firmen und der burmesischen Regierung. Damit wurden zum ersten Mal Radiosender erlaubt, die nicht vollständig der Regierung gehören. Beobachter ver-

muten, dass die Militärjunta neue Wege sucht, um angesichts der Wahlen 2010 ihre Propaganda zu verbreiten. Vier Regierungsradiostationen werden bereits in Burma betrieben, Oppositionssender sind jedoch nur über Kurzwellen zu empfangen.

vgl.: Democratic Voice of Burma, 5.8.2009

Mönche beklagen Überwachung

Die Regierung verhängt weiterhin strikte Beschränkungen für buddhistische Mönche. Im Juni 2009 erließ das *Ministry of Religious Affairs* bereits ein Reiseverbot für Mönche – was auch notwendige Fahrten medizinischer Fälle einschloss. Außerdem sollen die Mönche über Besucher in ihren Klöstern Buch führen. Auf Grund angeblicher Fehler in den Listen wurden bereits Geldstrafen verhängt. In Rangun und Pegu wurden im Juli zudem buddhistische Mönche aufgefordert, an ein Registrierungsblatt der Regierung Fotografien von sich anzufügen. »Sie glauben, dass wir einen neuen Aufstand starten werden. Deshalb sammeln sie unsere Fotos, zusammen mit den Informationsblättern – um uns damit Angst vor ihnen einzujagen.«, sagte ein Abt in Pegu.

vgl.: Irrawaddy, 5.8.2009

Energieinvestitionen auf Kosten der Bevölkerung

Am 29. Juli 2009 haben das *Burma Rivers Network*, das *Shwe-Gas Movement* und das *Ethnic Community Development Forum* die Energieinvestitionen der ASEAN-Staaten in Burma kritisiert. Das Regime exportiere weiterhin die Energieressourcen des Landes an die Nachbarstaaten und gewinne daraus ihre Haupteinkommensquelle. Hierzu gehörten Pläne für 20 große Wasserkraftwerke, um Thailand, China und das ASEAN-Stromnetz zu versorgen, sowie Erdöl- und -gaspipelines durch Burma nach China. Die burmesische Bevölkerung müsse dagegen mit täglichen Stromausfällen leben. Die Energieprojekte förderten zudem Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden.

vgl.: Democratic Voice of Burma, 29.7.2009